

Das Eine-Million-Euro-Gesetz

Gesundheitsminister Karl Lauterbach wird gezwungen, noch dieses Jahr die Legalisierung von Cannabis auf den Weg zu bringen

Von Thomas Trappe

Berlin - Es scheint entspannt zugegangen zu sein, Anfang vergangener Woche bei der zweitägigen Regierungsklausur in Meseberg – jedenfalls beim Thema Cannabis. Man habe sich geeinigt, ließen nicht nur Finanzminister Christian Lindner und Justizminister Marco Buschmann (FDP) in den Tagen danach mehrfach verlauten, noch in diesem Jahr ein Cannabis-Legalisierungsgesetz auf den Weg zu bringen. Auch Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) zeigte sich plötzlich fast schon begeistert von dem Projekt, obwohl er bis vor Kurzem immer wieder deutlich machte, dass er sich dieses Jahr um vieles, nicht aber Cannabis kümmern wolle.

Dass die FDP bei dem Prestige-Liberalisierungsprojekt Druck macht, überrascht nicht. Nun zeigt sich aber, dass es auch noch ganz andere Gründe für Lauterbach geben könnte, bei der Legalisierung aufs Tempo zu drücken. Nicht nur die liberalen Minister drängeln, sondern auch alle drei Ampelfraktionen. Mit einem höchst ungewöhnlichen Beschluss ihrer Haushälter wollen sie nun eine Million Euro seines Etats sperren – so lange, bis der Gesundheitsminister ein Cannabisgesetz vorlegt. In der Sitzung des Haushaltsausschusses wurde die Sperre schon mal mehrheitlich beschlossen, sie muss später allerdings noch im Parlament bestätigt werden.

Die ungefähre Ausrichtung von Lindners Haushaltsplan für das laufende Jahr ist bereits seit der Bekanntgabe des Entwurfs im März bekannt. In der ersten Plenardebatte zum Einzelplan des Bundesgesundheitsministeriums (BMG) machten die für das Ressort verantwortlichen Haushälter:innen der Koalitionsfraktionen bereits deutlich, dass sie Nachbesserungsbedarf sehen – etwa durch mehr Mittel im Bereich der Prävention. Das fand auch Niederschlag in den gemeinsam von den Ampelpolitikern im Haushaltsausschuss eingebrachten und schließlich angenommenen Änderungsanträgen zum Etat des Gesundheitsministeriums. Spektakulärer aber ist zweifelsohne die Cannabisklausel. Dabei geht es zwar um einen relativ kleinen Betrag von einer Million Euro, viel schwerer wiegt aber die politische Ansage, die damit verbunden ist. Karl Lauterbach, das ist die Botschaft der Ampelfraktionen, also auch der SPD, muss man offenbar zum Jagen tragen.

Es kann vermutet werden, dass Lauterbach vergangene Woche von dem Vorstoß Wind bekam und dies der Grund für sein plötzliches Umlenken war. Fest steht, dass die Ampel-Haushälter sich in der Sache sehr einig sind, und der Drogenpolitik auch an anderen Stellen des Haushaltsplans eine stärkere Bedeutung beimessen wollen. In den ebenfalls eingebrachten und vom Ausschuss durchgewunkenen Änderungsanträgen wurden nämlich auch zusätzlich eine Million Euro eingestellt, die verbindlich für die Cannabis-Prävention eingesetzt werden sollen.

Es sei wichtig, eine Aufklärungskampagne über die Risiken der Droge zu starten, bevor diese legalisiert und damit frei verfügbar ist, hieß es unisono von SPD, Grünen und FDP. Der Posten für die allgemeine Aufklärung bei Drogen- und Suchtmittelmissbrauch soll zudem auf 13,2 Millionen Euro festgesetzt werden, im ursprünglichem Entwurf waren nur acht Millionen Euro vorgesehen.

Karsten Klein, FDP-Berichterstatter für den BMG-Etat im Haushaltsausschuss, verwies gestern darauf, dass seine Partei schon in der vergangenen Legislaturperiode die kontrollierte Cannabis-Abgabe gefordert habe. „Mit dem Sperrvermerk haben wir für das BMG einen finanziellen Anreiz geschaffen, den von Karl Lauterbach kürzlich angekündigten Entwurf auch wirklich in diesem Jahr vorzulegen“, so Klein. Gerade deswegen sei es aber unverzichtbar, dies mit Aufklärungsmaßnahmen und Hilfsprogrammen zu hinterlegen, „die für die Risiken sensibilisieren und über einen verantwortungsvollen Konsum informieren“. Kristine Lütke, sucht- und drogenpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, sprach von einem großen Erfolg – insbesondere mit Blick auf die eine Million Euro für die Prävention. Über die Einschätzung des Bundesjustizministers Buschmann, dass „eine Umsetzung zügig und im Frühjahr 2023 möglich sei“, habe sie sich sehr gefreut, so Lütke zum Tagesspiegel Background.

Im Ausschuss wurden noch weitere Haushalts-Änderungsanträge von den Ampelfraktionen auf den Weg gebracht. Hierbei konnte unter anderem das Geld verteilt werden, das durch die geplante Kürzung des Etats für Aufklärungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Coronapandemie frei würde. Laut einem Änderungsantrag sollen im Haushaltsplan nun 13,4 Millionen Euro mehr als im Regierungsentwurf vorgesehen für die Stärkung der internationalen Gesundheit zur Verfügung gestellt werden, das wären dann insgesamt 100 Millionen Euro. Für den World Health Summit, eine jährlich in Berlin stattfindende internationale Global-Health-Konferenz, sollen zusätzlich eine Million Euro fließen. Ebenfalls eine Million Euro sind vorgesehen, um die Gematik, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, in eine „Digitale Gesundheitsagentur“ umzuwandeln.

Eingefügt wird zudem ein neuer Titel im Haushaltsplan, mit dem 900 000 Euro für Projekte und Maßnahmen des Deutschen Pflegerats finanziert werden, es soll vor allem die Öffentlichkeitsarbeit der Pflege-Berufsgruppen gestärkt werden. Erhöht wird zudem der Zuschuss an die Geschäftsstelle der Aktion Psychisch Kranke, um 100 000 auf dann 541 000 Euro. Für die Erstellung eines Nationalen Präventionsplans werden zusätzliche 200 000 Euro zur Verfügung gestellt.

Die von den Regierungsfractionen durchgesetzten Änderungsanträge sind auch ein Signal an Minister Lauterbach, sich verstärkt auf die zentralen gesundheitspolitischen Ziele der Ampelkoalition zu konzentrieren, was auch heißt, bei der Corona-Ausgabenpolitik umzusteuern. „Im dritten Jahr der Pandemie müssen wir aus den bisherigen Fehlern im Pandemie-Management lernen“, erklärte gestern Paula Piechotta, bei den Grünen zuständig für Fragen des BMG-Haushalts. Piechotta beklagte „fehlende Kostentransparenz wie bei den Corona-Testzentren, Über- und Unterkapazitäten bei der Impfstoffbeschaffung und übersteuerten Einkauf wie bei den Maskenskandalen“, die das Vertrauen der Bevölkerung erschütterten. Es sei zudem wichtig, ergänzte FDP-Mann Klein, „dass die Bundesländer bei den pandemiebedingten Kosten stärker in die Verantwortung genommen werden“.

Um diese Ziele zu verwirklichen, haben die Ampelfractionen im Haushaltsausschuss zusätzlich sogenannte Maßgabebeschlüsse gefasst. Diese Beschlüsse sind für die Regierung bindend. Der erste Maßgabebeschluss betrifft die Corona-Testverordnung: Die Bundesregierung wird aufgefordert, die kostenlosen Bürgertests nicht über den 30. Juni hinaus zu verlängern. Zudem soll der Bund danach nur noch Tests bezahlen, die laut Infektionsschutzgesetz vorgeschrieben sind. Für Tests in Schulen etwa müssten dann die Länder selbst aufkommen.

Im zweiten Beschluss geht es um die Impfstoffbeschaffung. Mit ihm wird die Bundesregierung aufgefordert, ein Prognosemodell zu erstellen, das eine wirtschaftlichere Impfstoffbeschaffung ermöglicht, sprich, den bisherigen Hamsterkäufen Lauterbachs Einhalt gebietet. Mit der dritten auf den Weg gebrachten Maßgabe schließlich soll der Minister sicherstellen, dass alle relevanten Stellen an das Meldesystem Demis angeschlossen sind, mit dem die Corona-Infektionszahlen gemessen werden. Ziel ist hier eine bessere Erfassung des Pandemiegeschehens als bisher.

Finalisiert ist der Einzelplan mit den Beschlüssen des Haushaltsausschusses noch nicht. Die Sperrvermerke zum Cannabisgesetz und alle anderen Änderungen am Etatentwurf müssen noch im Bundestag bestätigt werden. Die entscheidende „Bereinigungssitzung“ des Ausschusses, in der letzte Änderungen am Entwurf vorgenommen werden, ist für den 19. Mai geplant, die Verabschiedung des Etats im Plenum im Juni. Den Bundesrat soll die Vorlage dann eine Woche später letztmalig passieren.

"Legalize it". Um die Legalisierung der kontrollierten Abgabe von Cannabis voranzutreiben, hat der Haushaltsausschuss Geld für die Öffentlichkeitsarbeit in Lauterbachs Gesundheitsministerium sperren lassen. Foto: Nassim Rad/Tsp


Thomas Trappe

Quelle:	Der Tagesspiegel vom 13.05.2022, Seite 5
Ressort:	POLITIK
Rubrik:	POLITIK
Dokumentnummer:	doc7kyoe6nlstcsdt9gf0

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.genios.de/document/TSP_b0ad850813aff74c67ee72639e977d8d4b90e0c

Alle Rechte vorbehalten: (c) Verlag Der Tagesspiegel GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH